

Rückkehr in die Führung

Amerikas Weltpolitik im Zeichen der konservativen Revolution

HSFK-REPORT 4/1996

Zusammenfassung:

Im zweiten Jahr ihrer Amtszeit geriet die Clinton-Administration innenpolitisch in Bedrängnis, weil sie weder ihre Haushaltspläne noch ihre sozialpolitischen Reformvorstellungen im Congress durchsetzen konnte. Ihr Paradeprojekt, die allgemeine Krankenversicherung, scheiterte an der Komplexität der Sache, dem Widerstand der Interessengruppen und der politischen Opposition. Die midterm-Wahlen von 1994 wurden von den Republikanern gewonnen, die mit ihren Mehrheiten beide Häuser des Congress dominierten. Damit war auch "gridlock" zurückgekehrt, die wechselseitige Blockade von Legislative und Exekutive, die schon die vorangegangene Administration gekennzeichnet hatte.

In dieser für ihn mißlichen Lage, in der Präsident Clinton schon politisch als abgeschrieben galt, besann er sich auf das Rezept, das alle seine Vorgänger in vergleichbaren Lagen angewendet hatten: die Flucht in die Außenpolitik. Angesichts der Positionen und Allianzen mächtiger politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gruppen in den USA fällt es jedem Präsidenten schwer, innen- und sozialpolitische Umverteilungen vorzunehmen. Da es keine politischen Parteien gibt, die mit der in den Wahlen errungenen Mehrheit ihre alternativen Ordnungskonzepte durchsetzen können, kann sich jeder Präsident nur auf Koalitionskonstellationen stützen, die er jeweils selbst herstellen muß. Sie lassen sich in der Innenpolitik sehr schwer, in der Außenpolitik relativ leicht finden, weil die "vested interests" nicht so erstarrt und alle politischen Gruppierungen gleichermaßen an der Erhaltung und dem Ausbau der amerikanischen Führungsposition in der internationalen Umwelt interessiert sind. Deswegen haben alle Präsidenten ihr politisches Heil in der Außenpolitik gesucht, obwohl sie wußten, daß über ihr politisches Schicksal letztendlich in der Innenpolitik, vor allem in der Wirtschaftspolitik, entschieden würde.

Clinton griff seit dem Sommer 1994 zu dieser Strategie. An die Stelle seiner Bereitschaft, den europäischen NATO-Alliierten mehr Freiheit und Selbstbestimmung zu lassen, trat die Restauration der NATO als Instrument unentwegter amerikanischer Führung. Clinton gab aus diesem Grunde seinen Widerstand gegen die NATO-Osterweiterung auf; er griff auf die Militärallianz zurück, als es darum ging, den in Dayton, Ohio, erreichten Friedensvertrag für Bosnien-Herzegowina militärisch abzusichern. Auch zu dieser Friedensinitiative hatte sich Clinton, der die USA lange Zeit aus den Wirren des Balkans herausgehalten hatte, entschlossen, weil er sich damit aus der immer bedrückender werdenden Blockadepolitik der Republikaner im Congress befreien und seine Wiederwahlchancen 1996 verbessern wollte.

Diese Politik erwies sich als umso erfolgreicher, als Clinton sie mit zahlreichen Erfolgen bei der Lösung auswärtiger Konflikte stützen konnte. Er beendete den Bürgerkrieg in Haiti und den Streit zwischen Griechenland und Mazedonien. Er entschärfte die Nordkorea-Krise, zwang den irakischen Diktator Saddam Hussein zu immer neuen Konzessionen. Unter seiner Ägide gelangen die beiden historischen Durchbrüche im Nahen Osten, der israelisch-jordanische Friedensvertrag und die wechselseitige Anerkennung zwischen Israel und der PLO, der die Selbstverwaltung des Gaza-Streifens und der Westbank weitgehend übertragen wurde. Der Clinton-Administration gelang auch die unbefristete Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrags der Nuklearwaffen im Mai 1995 in New York. Auf wirtschaftlichem Gebiet hatte er die Nordamerikanische Freihandelszone ebenso durch den Congress gebracht wie die neue Welthandelsorganisation, die das alte GATT ablösen sollte.

Die Clinton-Administration konnte sich bei diesen Erfolgen geschickt auf die Tatsache stützen, daß die Vereinigten Staaten die globale Weltführungsmacht geworden waren und diese Rolle nunmehr auch übernommen hatten. Die Europäer hatten in Bosnien-Herzegowina erkennen lassen, daß sie auf die Rückkehr Amerikas in die Führungsposition warteten. Japan sah in der anhaltenden Akzeptanz seiner Minderrolle eine Möglichkeit, seine wirtschaftspolitische Überlegenheit in den USA etwas weniger fühlbar werden zu lassen. China und Rußland, militärisch schwach und ökonomisch unterstützungsbedürftig, sahen in der Kooperation mit den USA eine ihr Prestige nicht beeinträchtigende Möglichkeit, in den Genuß von Hilfe und Unterstützung zu kommen. Für ihren wirtschaftlichen Aufbau ist amerikanisches Kapital ebenso unentbehrlich wie der amerikanische Markt als Abnehmer ihrer Produkte.

Dennoch muß gefragt werden, ob die Übernahme der Weltführungspolitik innenpolitisch tragfähig und außenpolitisch erfolgreich sein wird. Die konservative Opposition begegnet sich mit den ursprünglichen Absichten Clintons in der Betonung der Bedürfnisse der amerikanischen Gesellschaft gegenüber wirtschaftlichen und politischen Anforderungen aus der internationalen Umwelt. Der Einsatz traditioneller Strategien, insbesondere solcher der Demonstration und der Benutzung militärischer Macht, ist, das weiß auch die Clinton-Administration, unter den herrschenden Bedingungen der "Gesellschaftswelt" nur bedingt produktiv. Das wird sich sowohl in Bosnien-Herzegowina wie in Asien-Pazifik zeigen. Die Big Emerging Markets (BEM), die in dieser Region wie in der Westlichen Hemisphäre zu finden sind, entfalten ökonomische Kräfte, deren Aus- und Einwirkungen mit militärischer Macht nicht beeinflußt werden können. Sie schwächt eher die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der USA, obwohl gerade deren Stärkung zu den Zielen der Clinton-Administration gehört hatte.

Mit ihrer Flucht in die Außenpolitik hat die Clinton-Administration zahlreiche Probleme der globalen Welt gelöst, sich selbst aus der Umklammerung durch die Republikanische Opposition befreit und ihren Alliierten die vertraute Führung wiedergegeben, auf die diese offensichtlich angewiesen sind. Gleichzeitig sind die USA in eine Lage zurückgekehrt, aus der die Clinton-Administration sie eigentlich herausführen wollte. Es liegt an den Alliierten und Partnern der Vereinigten Staaten, die internationale Umwelt der USA so zu verändern, daß es der neuen Administration, deren Präsident im November 1996 gewählt werden wird, leichter fallen wird, ein modernes Gleichgewicht zwischen der Führung der Welt und der Erfüllung innergesellschaftlicher Anforderungen nach mehr Wohlstand, mehr Arbeitsplätzen, Verbrechensbekämpfung und allgemeiner Krankenversicherung zu erfüllen.